



# Klienteninfo 12/2016

## Inhaltsverzeichnis

- Start-up-Paket – 12 Punkte für die österreichische Start-up-Szene
- KMU-Investitionszuwachsprämie
- RÄG 2014 – Finanzmathematische Berechnung von Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen für UGB-Abschlüsse
- Änderungen beim Kinderbetreuungsgeld für Geburten ab dem 1. März 2017
- Kurz-Info: Meldepflicht für den Country-by-Country Report bis 31.12.2016
- Sozialversicherungswerte 2017
- Regelbedarfsätze für Unterhaltsleistungen für das Kalenderjahr 2017 veröffentlicht

## Start-up-Paket – 12 Punkte für die österreichische Start-up-Szene

Das Start-up-Paket umfasst Maßnahmen im Rahmen von 185 Mio. € über einen Zeitraum von 3 Jahren und ist Teil des **wirtschaftspolitischen Programms** der Bundesregierung für die nächsten Jahre. Wenngleich keine einheitliche **Definition** von Start-up für diese Punkte vorliegt, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass Start-ups **jung** sind, mit ihrer **Technologie** oder ihrem Geschäftsmodell **innovativ** und dass sie zudem ein signifikantes **Mitarbeiter- oder Umsatzwachstum** aufweisen.

Konkret sind die folgenden **12 Punkte** zur **Förderung** von heimischen Start-ups vorgesehen:

### Entlastung bei Lohnnebenkosten

Ab **Jänner 2017** sollen die ersten drei Mitarbeiter von innovativen Start-ups für **drei Jahre** von den **Dienstgeber-Lohnnebenkosten entlastet** werden. Die „geförderten“ Lohnnebenkosten umfassen z.B. **Pensionsversicherung**, Krankenversicherung, Kommunalsteuer, Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) und ergeben in Summe **30,9%** Lohnnebenkosten. Um Schwelleneffekte zu vermeiden, soll die Förderung **jährlich um 1/3 abschmelzen**, sodass im ersten Jahr 100% der Dienstgeberbeiträge (Lohnnebenkosten) ersetzt werden, im zweiten Jahr 2/3 und im dritten Jahr 1/3.

## Neue Risikokapitalprämie für Investoren

Um die Beteiligung von **Privatinvestoren** an Jungunternehmern zu fördern, sollen kumulierte Investitionsbeträge bis zu 250.000 € pro Jahr unterstützt werden. Die Förderung liegt in der **Rückerstattung** von maximal **20%** des Beteiligungsbetrags. Die Abwicklung erfolgt durch die Austria Wirtschaftsservice (aws).

## Stärkung der aws-Garantien

Die Garantien durch die **Förderbank aws** sollen von rund 200 Mio. € pro Jahr auf rund 300 Mio. € pro Jahr erhöht werden. Der erwartete **Arbeitsmarkteffekt** beläuft sich auf ca. 9.000 neue bzw. gesicherte Arbeitsplätze.

## Neudotierung des aws Business Angels Fonds

Der Business Angels Fonds soll um insgesamt 5 Mio. € für 2016 und 2017 **aufgestockt** werden.

## Aufstockung der Seed-Finanzierung der aws um 20 Mio. €

Hintergrund dieser Maßnahme ist die Bereitstellung von mehr Fördermitteln für frühphasige Firmen.

## Neue Rechtsform Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft (MiFiG)

Mehrere Maßnahmen sollen es für **Privatinvestoren** attraktiver machen, **Risikokapital für KMU** zur Verfügung zu stellen. Auf Investorensseite ist hierfür eine **Steuerbefreiung** bis 15.000 € für Ausschüttungen vorgesehen. Überdies wird die **maximale Beteiligungshöhe** pro Zielgesellschaft und Beteiligungszeitraum von 1,5 Mio. auf 15 Mio. € **erhöht**. Für die KMU-Finanzierungsgesellschaft ist die **Steuerneutralität** von Veräußerungsgewinnen und –verlusten im **Finanzierungsbereich** wie auch eine **Gebührenbefreiung** vorgesehen.

## Unternehmensservice-Portal für Gründer

Mithilfe des Portals unter <https://www.foerderpilot.at/> können sich Start-ups Behördenwege sparen und somit den Gründungsprozess schneller und billiger machen.

## Gründungs-Fellowship für akademische Spin-Offs

Damit Wissenschaftler und Studierende mit innovativen Ideen leichter ihr eigenes Unternehmen aufbauen können, sollen durch diese Förderung **Gehaltskosten finanziert** und der Zugang zu akademischen Einrichtungen erleichtert.

## Neues Start-up-Visum im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte

Die schon geltende Regelung für **selbständige Schlüsselkräfte** soll auch für **Start-ups** gelten. Eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für selbständige Arbeit wird für 1 Jahr mit der Option auf Verlängerung für ein weiteres Jahr gewährt. Die **weitere Verlängerung** der **Rot-Weiß-Rot-Karte** soll jedoch an einen bestimmten **Jahresumsatz** bzw. an **Finanzierungsmittel** geknüpft werden.

## Programmierer kommen auf Mangelberufsliste

Mit dieser Maßnahme soll dem zusätzlichen Bedarf an Programmierern in verschiedenen Wirtschaftsbereichen Rechnung getragen werden.

## 24h-Quickcheck bei Förderanfragen der FFG und aws

Der 24h-Quickcheck hilft schnell herauszufinden, ob für ein bestimmtes Start-up eine staatliche Förderung durch die **aws** bzw. durch die **FFG** in Frage kommt.

## Patent-Checks für Start-ups

Start-ups bekommen eine **Gutschrift** für Services der Patentämter (für Österreich bzw. gegebenenfalls auch für Deutschland und die Schweiz). Damit Start-ups möglichst schnell **geistiges Eigentum** absichern können, soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, Ideen im frühen Entwicklungsstadium beim Patentamt hinterlegen zu können.

Wir werden Sie über den weiteren **Gesetzwerdungsprozess** informieren.

## KMU-Investitionszuwachsprämie

Im Rahmen des „**Wirtschaftspakets**“ der Bundesregierung ist auch eine **KMU-Investitionszuwachsprämie** enthalten. Diese direkte Förderung des Investitionszuwachses für kleine und mittlere Unternehmen soll rund **10.000 Unternehmen** österreichweit – bisher gibt es ein ähnliches Modell z.B. in Salzburg - mit insgesamt 175 Mio. € in den Jahren 2017 und 2018 unterstützen. Aus dieser Maßnahme werden Investitionszuwächse in Höhe von rund 1,2 Mrd. € erwartet sowie die Schaffung von rund **25.000 Arbeitsplätzen**. Die Förderung gilt für Investitionen in neu angeschaffte, aktivierungspflichtige **Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens**. Davon ausgenommen ist jedoch die Anschaffung von PKW und von Grundstücken.

Die Höhe der Prämie hängt von dem **Investitionszuwachs** und von der **Anzahl der Mitarbeiter** ab und ist wie folgt vorgesehen. Der Investitionszuwachs berechnet sich nach dem **Durchschnitt** der jeweils neu aktivierten Anschaffungs- oder Herstellungskosten des abnutzbaren Anlagevermögens der **drei vorangegangenen Jahre**.

- Bei einem Investitionszuwachs von (insgesamt) mindestens 50.000 € und höchstens 450.000 € für Unternehmen mit bis zu 49 Mitarbeitern gibt es eine **Prämie** von **15%** für 2017 und 2018.
- Bei einem Investitionszuwachs von (insgesamt) mindestens 100.000 € und höchstens 750.000 € für Unternehmen zwischen 49 und 250 Mitarbeitern gibt es eine **Prämie** von **10%** für 2017 und 2018.

Im Sinne des **one-stop-shop** Prinzips soll die Förderung von der Austria Wirtschaftsservice (aws) abgewickelt werden. Wir werden Sie über die weiteren Entwicklungen (**Gesetzesentwurf**) auf dem Laufenden halten.

## RÄG 2014 – Finanzmathematische Berechnung von Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen für UGB-Abschlüsse

Das **Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014** (RÄG 2014), das am 11.12.2014 beschlossen wurde und im Jahr 2016 erstmals anzuwenden ist, führt zu **Änderungen bei der Bewertung von Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen**. Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen sind **nach dem Gesetzeswortlaut ab 2016 nach versicherungsmathematischen Methoden zu berechnen**. Die AFRAC-Stellungnahme 27 konkretisiert diese Gesetzesbestimmung und führt zu den anzusetzenden Parametern Folgendes aus.

- **Nominalzinssatz:** Es ist der **Marktzinssatz für Anleihen von Unternehmen mit hochklassiger Bonitätseinstufung** zu verwenden, die mit der durchschnittlichen Restlaufzeit der Abfertigungs- bzw. Jubiläumsgeldverpflichtung sowie mit der Währung, in der die Leistungen zu erbringen sind, übereinstimmen. **Vereinfachend kann von einer Restlaufzeit von fünfzehn Jahren ausgegangen werden**, sofern dagegen im Einzelfall keine erheblichen Bedenken bestehen. Es kann **entweder der aktuelle Stichtagszinssatz oder der Durchschnittszinssatz der letzten fünf bis zehn Jahre stetig** angesetzt werden. Der zehnjährige Durchschnittszinssatz betrug laut der Deutschen Bundesbank zum 30.6.2016 4,08% und wird aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach kontinuierlich **sinken**. Der Stichtagszinssatz liegt aktuell (in **Abhängigkeit von der Restlaufzeit**) in der Bandbreite zwischen 1,43% und 1,95%.
- **Gehaltstrend:** Dem Nominalzinssatz steht der sogenannte Gehaltstrend gegenüber. **Künftige Gehaltserhöhungen aufgrund von üblichen Karriereschritten** sind bei der Ermittlung der Rückstellungen von Anfang an zu **berücksichtigen**. Außergewöhnliche Karriereentwicklungen sind nicht zu berücksichtigen.
- **Ansammlungsverfahren:** Es besteht ein **Wahlrecht zwischen dem Teilwertverfahren und dem nach IAS 19 anzuwendenden Verfahren der laufenden Einmalprämien**. Das Wahlrecht ist **stetig anzuwenden**.
- **Wahrscheinlichkeitsannahmen:** Fluktuation, Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten sind **anzusetzen, sofern verlässliche statistische Grundlagen vorliegen**. Eine unternehmensindividuelle, repräsentative Grundlage zur bestmöglichen Schätzung von Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten wird in vielen Fällen allerdings nicht vorliegen.

Laut **AFRAC-Stellungnahme 27** kann die Ermittlung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen in der Praxis auch künftig abweichend vom Gesetzeswortlaut **vereinfachend durch eine finanzmathematische Berechnung** erfolgen, **wenn diese zu einer verlässlichen Annäherung an den versicherungsmathematischen Wert** führt. **Sofern das angewendete finanzmathematische Verfahren den dargestellten Anforderungen** unter anderem in Hinblick auf Zinssatz, Gehaltstrend und Ansammlungsverfahren **entspricht**, wird man **in der Regel** von einer **verlässlichen Annäherung** an einen versicherungsmathematisch ermittelten Rückstellungsbetrag ausgehen können. Eine **versicherungsmathematische Berechnung** bzw. **Kontrollrechnung** der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen kann sodann **unterbleiben**.

## **Änderungen beim Kinderbetreuungsgeld für Geburten ab dem 1. März 2017**

Für vor dem Umstellungsstichtag geborene Kinder bleiben die bisherigen Regelungen zum Kinderbetreuungsgeld unverändert. Für **Neugeburten** gilt dann aber, dass die derzeitigen **vier Pauschalvarianten** in ein „**Kinderbetreuungsgeldkonto**“ umgewandelt werden. Das einkommensabhängige Kindergeld bleibt bestehen. Die Bezugsdauer als Konto kann innerhalb eines vorgegebenen Rahmens von 365 Tagen bis zu 851 Tagen (28 Monate) ab der Geburt für **einen Elternteil** bzw. von 456 Tagen (15 Monate) bis 1.063 Tagen (35 Monate) bei Inanspruchnahme durch **beide Elternteile** flexibel gewählt werden. Bei der Variante mit **365 Tagen** beträgt das Kinderbetreuungsgeld **33,88 €** täglich, in der längsten Variante **14,53 €** täglich. Generell gilt dabei, dass je länger die frei gewählte Bezugsdauer ausfällt, desto geringer der Tagessatz ist und umgekehrt.

Bei annähernd gleicher Aufteilung zwischen den Elternteilen (50:50 bis 60:40) gebührt ein **Partnerschaftsbonus** in Höhe einer Einmalzahlung von **500 €** je Elternteil. Grundsätzlich müssen sich die Eltern bei der erstmaligen Antragstellung auf eine Anspruchsdauer einigen (eine einmalige nachträgliche Änderung ist aber unter bestimmten Bedingungen möglich). Neu ist die Möglichkeit des **gleichzeitigen Bezugs** durch beide Elternteile für die Dauer von bis zu 31 Tagen anlässlich des erstmaligen Wechsels, wobei sich die Gesamtanspruchsdauer um diese Tage reduziert. Die **Zuverdienstgrenze** liegt bei 6.800 € pro Kalenderjahr.

Für erwerbstätige **Väter**, die sich unmittelbar nach der Geburt des Kindes intensiv und ausschließlich der Familie widmen und ihre **Erwerbstätigkeit** (im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber) **unterbrechen**, gibt es einen „**Familienzeitbonus**“ in Höhe von **22,60 € täglich** (allerdings mit Anrechnung, wenn der Vater später ein Kinderbetreuungsgeld bezieht). Der Familienzeitbonus ist innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraums von 28 bis 31 Tagen und längstens bis 91 Tage nach der Geburt zu nutzen. Trotz Unterbrechung der Erwerbstätigkeit besteht weiterhin eine **Kranken- und Pensionsversicherung**.

## **Kurz-Info: Meldepflicht für den Country-by-Country Report bis 31.12.2016**

Das neue **Verrechnungspreisdokumentationsgesetz (VPDG)** sieht neben der Erstellung bzw. Bereitstellung von **Master File** und **Local File** für besonders große Konzerne (konsolidierter Konzernvorjahresumsatz von mindestens **750 Mio. €**) die Verpflichtung zur Erstellung des **Country-by-Country Reports (CbC-Report)** vor. Obwohl die Abgabe des CbC-Reports grundsätzlich die **Konzernobergesellschaft** betrifft, sind österreichische Unternehmen, die Teil eines solch großen Konzerns sind, von einer **Meldepflicht** betroffen. Sie müssen nämlich gem. § 4 VPDG bis zum **31.12.2016** melden, welche (**ausländische**) Konzern(ober)gesellschaft den CbC-Report erstellen wird. Der CbC-Report soll zwischen den **Finanzverwaltungen** der für den Konzern relevanten Länder **ausgetauscht** werden und enthält zusätzliche Informationen, welche den nationalen Steuerbehörden die Auswahl der zu prüfenden Unternehmen erleichtern soll. Das BMF hat nunmehr das Formular „**VPDG 1 - Mitteilung zur länderbezogenen Berichterstattung gemäß 4 Verrechnungspreisdokumentationsgesetz (VPDG)**“ veröffentlicht. Wichtig ist, dass jede **österreichische Gesellschaft**, welche Teil einer solchen multinationalen Unternehmensgruppe ist, dieser Meldepflicht nachkommen muss. Selbst dann, wenn die Umsatzerlöschwelle von 50 Mio. € nicht überschritten wurde und somit keine Verpflichtung zur Erstellung von standardisierter Verrechnungspreisdokumentation (z.B. österreichisches Local File) besteht.

## Sozialversicherungswerte 2017

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,024** betragen die Sozialversicherungswerte für 2017 **voraussichtlich** (in €):

	<b>2017</b>	<b>2016</b>
Geringfügigkeitsgrenze täglich	entfällt	31,92
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	425,70	415,72
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	638,55	623,58
Höchstbeitragsgrundlage täglich	166,00	162,00
Höchstbeitragsgrundlage (laufender Bezug) <span style="float: right;">monatlich</span>	4.980,00	4.860,00
Höchstbeitragsgrundlage für <span style="float: right;">jährlich</span> (echte und freie Dienstnehmer) <span style="float: right;">Sonderzahlungen</span>	9.960,00	9.720,00
Höchstbeitragsgrundlage für <span style="float: right;">monatlich</span> (ohne Sonderzahlungen) <span style="float: right;">freie Dienstnehmer</span>	5.810,00	5.670,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

Mit Beginn des Jahres 2017 gehört die **tägliche Geringfügigkeitsgrenze** der Vergangenheit an. Ab diesem Zeitpunkt ist daher für die Beurteilung, ob ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis vorliegt, nur mehr die **monatliche Geringfügigkeitsgrenze** heranzuziehen.

## Regelbedarfsätze für Unterhaltsleistungen für das Kalenderjahr 2017 veröffentlicht

Die Höhe der Unterhaltsleistungen für Kinder als Folge einer Trennung der Eltern basiert regelmäßig auf einem **gerichtlichen Urteil** oder Vergleich bzw. einer behördlichen Festsetzung. In Fällen, in denen eine **behördliche Festsetzung** der Unterhaltsleistungen **nicht** vorliegt, sind die **Regelbedarfsätze anzuwenden**. Die **monatlichen** Regelbedarfsätze werden jährlich **per 1. Juli** angepasst. Damit für steuerliche Belange (relevant für Unterhaltsabsetzbetrag) unterjährig keine unterschiedlichen Beträge zu berücksichtigen sind, sind die nunmehr gültigen Regelbedarfsätze für das gesamte **Kalenderjahr 2017** heranzuziehen (Beträge in € pro Monat):

<b>Altersgruppe</b>	<b>2017</b>	<b>bisher</b>
0 bis 3 Jahre	200,-	199,-
3 bis 6 Jahre	257,-	255,-
6 bis 10 Jahre	331,-	329,-
10 bis 15 Jahre	378,-	376,-
15 bis 19 Jahre	446,-	443,-
19 bis 25 Jahre	558,-	555,-

Für die Geltendmachung des **Unterhaltsabsetzbetrages** von 29,20 € (1. Kind)/43,80 € (2. Kind)/58,40 € (3. und jedes weitere Kind) gilt in diesem Fall Folgendes: Liegen **weder** eine **behördlich festgelegte Unterhaltsverpflichtung** noch ein **schriftlicher Vertrag** vor, dann bedarf es der Vorlage einer Bestätigung der empfangsberechtigten Person, aus der das Ausmaß des **vereinbarten Unterhalts** und das Ausmaß des **tatsächlich bezahlten Unterhalts** hervorgehen. In allen diesen Fällen steht der Unterhaltsabsetzbetrag nur dann für jeden Kalendermonat zu, wenn die **vereinbarte Unterhaltsverpflichtung** in vollem Ausmaß erfüllt wird und die Regelbedarfsätze **nicht unterschritten** werden.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klienten-Info, Klier, Krenn & Partner KG, Redaktion: 1090 Wien, Julius-Tandler-Platz 6/9. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr. © www.klienten-info.at